

Nach der Errichtung des antifaschistischen Schutzwall an der Staatsgrenze der DDR nach Westberlin hat der Gegner seine Wühltätigkeit und die Hetze gegen unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht und die leitenden Funktionäre verstärkt. Mit den Methoden gemeinster Lüge und übelster Verleumdung, durch Einführung neuer und verschärfter Methoden der psychologischen Kriegsführung versucht er, Einfluß auf die Bürger der DDR zu nehmen und sie von der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben abzuhalten. Wir werden jedoch unseren sozialistischen Aufbau um so schneller vollenden, je besser wir es verstehen, den Feind zu schlagen und alle Bürger in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen. Unserer Zeitschrift, der „Neuen Justiz“, eröffnet sich dabei ein breites Betätigungsfeld.

Es muß bei allen Mitarbeitern in den Justizorganen völlige Klarheit darüber bestehen, daß nur durch die uneingeschränkte Verwirklichung des Staatsratsbeschlusses zur weiteren Entwicklung der Rechtspflege die Rechtsprechung qualitativ auf eine höhere Stufe gehoben werden kann und nun auch gehoben werden muß.

In noch breiterem Maße sollte die „Neue Justiz“, gestützt auf einen großen Kreis von ehrenamtlichen Mitarbeitern und ein starkes Autorenkollektiv, die bei der Verwirklichung unserer Aufgaben ständig neu auftauchenden Fragen aufgreifen, zur Diskussion stellen und nach dieser kollektiven Beratung auf der Grundlage der besten Erfahrungen verallgemeinern.

Nach wie vor erweist es sich als notwendig, die weitere Qualifizierung der Mitarbeiter der Justizorgane voranzutreiben. Besonders den Studenten und den Absolventen der kurzfristigen Lehrgänge an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ muß dabei eine ständige Anleitung und Hilfe gegeben werden.

Die Erziehung und Qualifizierung hat im Prozeß der Arbeit durch die Verbindung der ideologischen Erziehungsarbeit mit der politisch-fachlichen Arbeit zu erfolgen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Leitung, das Neue aufzuspüren, die im

Kollektiv erarbeiteten Erkenntnisse und Erfahrungen zu verallgemeinern und in der Justizpraxis durchzusetzen. Die „Neue Justiz“ sollte zu diesen Fragen in größerem Umfange als bisher — unter Heranziehung leitender Genossen aus den Bezirken und den zentralen Justizorganen — berichten.

Die zügige Verwirklichung der Beschlüsse des 14. Plenums des Zentralkomitees stellt besonders im Bereich der Wirtschaft höhere Anforderungen an alle staatlichen Organe und auch an die Tätigkeit der Justizorgane. Die Allgemeine Aufsicht der Staatsanwaltschaft gewinnt an Bedeutung für die Erfüllung der ökonomischen Aufgaben. Die „Neue Justiz“ sollte dazu übergehen, regelmäßig über die Mitarbeit und die guten Erfahrungen zu berichten, die es in der Praxis bei der Unterstützung des Produktionsaufgebotes in Industrie und Landwirtschaft, bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gibt. Größtes Augenmerk muß die Zeitschrift in diesem Zusammenhang auch der Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit in den LPGs widmen. Das setzt eine klare Orientierung auf die örtlichen Volksvertretungen voraus, die auf der Grundlage der neuen Ordnungen die Durchführung dieser Aufgaben verantwortlich leiten.

*

Wenn wir heute und an dieser Stelle die Verdienste der Zeitschrift „Neue Justiz“ würdigen, so tun wir das auf Grund der bisher geleisteten guten und erfolgreichen Arbeit. Verantwortungsbewußt haben Redaktionskollegium und alle Mitarbeiter gearbeitet. Sie haben einen hervorragenden Anteil an der Entwicklung der Zeitschrift zu einem Publikationsorgan und Instrument der staatlichen Leitung auf dem Gebiete der Justiztätigkeit, zur Durchsetzung der Aufgaben, die der Justiz von Partei und Regierung gestellt werden. Dafür gebührt ihnen volle Anerkennung.

In der Gewißheit, daß die Zeitschrift auch in Zukunft ihren Aufgaben voll gerecht wird, übermitteln wir der „Neuen Justiz“ zum 15jährigen Bestehen für ihre weitere erfolgreiche Tätigkeit herzliche Glückwünsche.

Dr. HILDE BENJAMIN, Minister der Justiz

WERNER FUNK, Amtierender Generalstaatsanwalt der DDR

Dr. HEINRICH TOEPLITZ, Präsident des Obersten Gerichts

Die Aufgaben der Justizorgane im Jahre 1962

Hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Es ist den Imperialisten nicht gelungen, die Völker in einen dritten Weltkrieg hineinzuziehen. Der gefährliche Kriegsbrandherd Westberlin wurde von der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses aller dem Warschauer Vertrag angehörenden Staaten erfolgreich unter Kontrolle genommen.

Damit wurde auch in Deutschland das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt weithin sichtbar zum Ausdruck gebracht. Getreu den Prinzipien der Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960, schreitet die DDR mit einer klaren Generallinie, wie sie auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees der SED

ausgearbeitet wurde, als westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers zum Sieg des Sozialismus.

Die begeisternden Perspektiven, wie sie der XXII. Parteitag der KPdSU für die gesamten Länder des sozialistischen Lagers zeigte, beflügelte alle Kommunisten und fortschrittlichen Menschen zu immer größeren Taten für die Sache der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für das Glück und den Wohlstand aller Völker, für gesellschaftliche Verhältnisse ohne Ausbeutung, Krieg und Zerstörung.

Das vergangene Jahr bgt um ein weiteres Mal die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus deutlich bewiesen und bestätigt, daß das sozialistische Weltssystem